

Unverkäufliche Leseprobe



**Bärbel Beinhauer-Köhler, Claus
Leggewie**

Moscheen in Deutschland

Religiöse Heimat und gesellschaftliche
Herausforderung

Mit einem Foto-Essay von Mirko Krizanovic

240 Seiten, Paperback

ISBN: 978-3-406-58423-7

Berliner Moscheen zwischen dem Ersten und Zweiten Weltkrieg

Die politische Verbundenheit der Preußen mit den Osmanen, die sich im 18. Jahrhundert abzeichnete, bestand fort bis ins 20. Jahrhundert hinein. Besonders Kaiser Wilhelm II. (1859–1941) konsolidierte mit seinen Reisen nach Istanbul und Jerusalem das enge Verhältnis beider Staaten, was auch im Ersten Weltkrieg zu deren Allianz führte. In dieser Zeit wurden muslimische Kriegsgefangene aus den Ländern der Entente in Zossen und Wünsdorf bei Berlin interniert. Strategisch war damit offenbar der Wunsch verbunden, die Muslime aus den Heeren der Briten, Franzosen und Russen durch gute Behandlung zum Überlaufen zu den muslimischen Osmanen zu bewegen. In Wünsdorf nahm man daher auf die religiösen Bedürfnisse dieser besonderen Gruppe Rücksicht und errichtete eigens zu diesem Zweck im Jahr 1915 eine Moschee, die jedoch nach Kriegsende wieder abgerissen wurde. Bei dieser bald baufälligen Holzkonstruktion handelte es sich um den ersten Moscheebau in Deutschland, der tatsächlich Muslimen als Gebetsstätte diente.⁹

Bis zum Abriss der Moschee kamen auch Muslime aus Berlin zum Gebet ins ca. 40 km südlich gelegene Wünsdorf. Am 4. November 1922 wurde von Muslimen in der Stadt dann die

Der Unternehmer Hugo Zietz ließ seine neue Zigarettenfabrik 1908/09 nach einem Entwurf von M. Hammitzsch in Form einer Moschee bauen, da die Dresdener Innenstadt nicht durch Fabrikarchitektur verunstaltet werden durfte. Den Tabak bezog er aus dem griechischen, damals noch osmanischen, Ort Yenidze, nach dem die «Moschee» benannt wurde.



Islamische Gemeinde zu Berlin e.V. ins Vereinsregister eingetragen. Laut §7a der Satzung zielte sie ab auf: «Förderung der religiösen Pflichten und Vorschriften sowie Errichtung öffentlichen Gottesdienstes und Religionsunterrichts». Und laut §7b setzte man sich für die «Förderung der Verbrüderung und Pflege der Solidarität sowie Fürsorge für Bedürftige und Kranke»¹⁰ ein.

Ein eigenes Moscheegeäude gab es nicht, wurde jedoch mit der Vereinsgründung angestrebt. Nachdem bereits im 19. Jahrhundert in christlichen Kreisen zahlreiche Vereine zu sozialen und karitativen Zwecken gegründet worden waren, gliederten sich die Muslime hier formell ein, indem sie das organisatorische Modell des Vereins übernahmen. Diese erste islamische Gemeinde auf Vereinsbasis setzte sich aus Mitgliedern unterschiedlicher Nationalitäten zusammen. Viele von ihnen stammten aus Ost-



1915 entstand in Wünsdorf bei Berlin ein Kriegsgefangenenlager für muslimische Soldaten in den Armeen der Entente. Eine große Holzmoschee im sogenannten Halbmondlager sollte möglichen Überläufern die Entscheidung erleichtern.

und Südosteuropa, einem Teil des früheren Osmanischen Reichs, bei einigen von ihnen handelte es sich vermutlich um in Deutschland verbliebene Kriegsgefangene. Ein großer Teil der Gemeinde zählte sich zur Ahmadiyya, einer im nordöstlichen Indien im 19. Jahrhundert aufgekommenen, aus orthodox-islamischer Perspektive häretischen Richtung des Islams. Die soziale Struktur und Kultur des Vereins prägten Akademiker und ausländische Studenten. In Berlin lässt sich diese Phase des muslimischen Lebens in Deutschland am besten rekonstruieren, aber natürlich gab es vereinzelt auch in anderen Städten Muslime. Muhammad Iqbal beispielsweise, der bekannte Modernist und Literat des späteren Pakistan, studierte noch vor dem Ersten Weltkrieg in Heidelberg und München Jura und Philosophie und wurde in München promoviert.

Als zweiter Verein wurde 1924 mit einer ähnlichen Mitgliederstruktur die Gesellschaft für islamische Gottesverehrung gegründet. Ihr gelang im gleichen Jahr die Errichtung einer Moschee



In den Jahren 1923-1925 erbaute ein Zweig der Ahmadiyya-Bewegung in Berlin-Wilmersdorf die erste bis heute genutzte Moschee in Deutschland. Die aus Indien stammende Glaubensgemeinschaft griff dabei auf den Stil der indischen Moghul-Herrscher zurück.

© Verlag C.H.Beck

in der Briener Straße in Wilmersdorf. Dieses Gebetshaus, das auf eine Abspaltung der Ahmadiyya zurückgeht, überstand den Zweiten Weltkrieg und besteht bis heute nahezu in seiner ursprünglichen Form mit einem überkuppelten Hauptgebäude und zwei angrenzenden Minaretten. Der Imam der Moschee, Maulana Sadr ud-Din aus Lahore (gest. 1981), widmete sich aktiv

dem Aufbau der Gemeinde und der Verbreitung des Islams in Deutschland, durchaus mit einer missionarischen Intention, wie sie auch der Ahmadiyya bis heute eigen ist. Von 1924 bis 1940 gab die Gemeinde eine eigene deutschsprachige Zeitschrift, die *Moslemische Revue*, heraus.

Für die Zeit der Machtergreifung Hitlers geht die Marburger Orientalistin Ursula Spuler-Stegemann von etwa 1000 Muslimen in Deutschland aus,¹¹ die sich zusehends auf einzelne Vereine verteilten. Während dieser Periode fanden Hitlers Antisemitismus und ein in arabischen Ländern verbreiteter Antizionismus gedanklich zueinander, als Kristallisationspunkt gilt das Treffen Hitlers mit dem Großmufti von Jerusalem im Jahre 1941. Viele Muslime in den unter Kolonialherrschaft stehenden Ländern erhofften sich vom Großmachtstreben der Deutschen Hilfe. Zudem war das deutsche Militär keineswegs rein deutsch geprägt, speziell die Waffen-SS umfasste unter anderem eine Einheit muslimischer Bosnier.

Jedoch nicht alle Muslime in Deutschland sahen sich durch die nationalsozialistische Politik vertreten. Ein syrischer Student an der Technischen Universität Charlottenburg, Muhammad Nafi Tschelebi (gest. 1933), der unter den Berliner Muslimen eine prominente Persönlichkeit war, hatte 1930 die Deutsche Moslemgemeinde ins Leben gerufen. Dieser Verein war bewusst kosmopolitisch und multireligiös ausgerichtet und zielte kulturvermittelnd auch auf Mitglieder mit christlichem und jüdischem Hintergrund. Letzteres machte den Verein in den Augen der Nationalsozialisten hochgradig suspekt.

In den dreißiger und vierziger Jahren entstanden organisatorische Formen, die bis heute den Islam in Deutschland prägen. Nach dem Zusammenbruch des Osmanischen Reiches 1924 und dem offiziellen Ende des Kalifats wurde in Kairo als Zusammenschluss islamischer Staaten und Organisationen der Islamische Weltkongress gegründet. Von diesem ging die Initiative zu einer islamischen Bildungseinrichtung in Deutschland aus, dem heutigen Zentral-Institut Islam-Archiv-Deutschland in Soest, dessen Vorläufer 1927 in Berlin gegründet wurde.

***Essen ist unser:
Brennpunkte der Kulturhauptstadt***

Seit 20 Jahren logiert in der Essener Helenenstraße eine rund 350 Mitglieder zählende Gemeinde türkischer Muslime; ermuntert vom zentralen Dachverband DITIB¹¹ will sie sich vergrößern und erwirbt dazu ein 6300 Quadratmeter großes Grundstück samt Lagerhalle einer insolventen Schuhfirma, das an einen Bahndamm grenzt. Dem Architekten erscheint das Objekt geeignet, weil man leicht eine Kuppel daraufsetzen kann und sich eine Wendeltreppe bequem zum Minarett umgestalten lässt. Oylar Sagurner, ein eloquenter und freundlicher Herr mit Fliege, übernimmt die Publicity, nachdem der Bauherr die Nachbarschaft lange über seine Absichten und die Dimensionen des Projekts im Unklaren gelassen hat. Das Reizwort «Zentralmoschee» assoziieren viele Anwohner mit Hunderten von Autotüren schlagenden Besuchern. Im Frühjahr 2007 laufen Gerüchte um über eine gewaltige Moschee mit Ladenzentrum plus Jugentreff und Sporthalle; die aus der Luft gegriffene Zahl von 2000 Moscheebesuchern macht die Runde und verbreitet Angst.

Die üblichen Fragen kommen auf: Warum bauen die Türken dort, wo sie gar nicht wohnen? Und wer hat 1,3 Millionen Euro flüssig? Und warum eine Kuppel, wie hoch wird das Minarett?¹² Vom orientalischen Aussehen will der Architekt, der sich durch säkulare und kommerzielle Großprojekte im Ruhrgebiet einen Namen gemacht hat, nicht lassen, für Experimente hat der Bauherr keinen Sinn. Das Geld stammt im Wesentlichen vom Dachverband der türkischen Sunniten DITIB, der dem Ministerium für religiöse Angelegenheiten in Ankara unterstellt ist und die meisten Imame nach Europa entsendet. Besichtigungstermine und Bürgerversammlungen beseitigen das Misstrauen der Anwohner nicht. Eine

bereits länger bestehende Initiative zur Verbesserung der Lebensqualität im Quartier nimmt sich des Themas an und erhebt den Vorwurf der Intransparenz nicht nur gegen den Bauherrn, sondern auch gegen die Stadt, die sich bedeckt hält und offiziell weder für noch gegen die Moschee ist. Die führenden Ratsfraktionen (Essen wird schwarz-grün regiert, die Sozialdemokraten haben ihre einstige Vorherrschaft verloren) haben eine Meinung, halten sich aber zurück; die notwendige Ausnahmegenehmigung für ein islamisches Gemeindezentrum im Gewerbegebiet kann die Verwaltung ohne Ratsbeschluss erteilen oder verweigern. Angebote von dritter Seite, eine Mediation zu organisieren, werden ignoriert, der Oberbürgermeister der Stadt, Wolfgang Reiniger (CDU), hüllt sich in beredtes Schweigen.

Vor allem in *www.derwesten.de*, dem 2007 eingerichteten Online-Forum der *Westdeutschen Allgemeinen Zeitung* (WAZ), und weiteren, vom gleichen Verlag herausgegebenen Regionalzeitungen, werden Verschwörungstheorien gehandelt; im Cyberspace können sich alle in Sachen Islam austoben, die sonst kaum in die Leserbriefspalten der Zeitungen vordringen. Das geht so weit, dass die (nicht gerade zimperliche) Online-Redaktion viele der über 5000 Einträge löschen muss. Wer wissen möchte, was die Volksseele – meist anonym – über Moscheen, Multikulti und (kommunale) Demokratie denkt, mag dieses Forum konsultieren. Nichts «zieht» so sehr wie das Thema Islam, niemand weckt stärkere Aversionen als Muslime; dabei spielt eine Rolle, dass sich auf einer Hauptstraße in Altendorf («Kleinistanbul») arabische Jung-Machos tummeln, die den Alteingesessenen unheimlich sind. Die Print-Redaktionen der lokalen Presse lenken die öffentliche Debatte wieder in zivile Bahnen.

Die «Initiative Altendorf» distanziert sich von rechten Trittbrettfahrern wie den Republikanern, die Flugblätter unter dem (geklaute!) Slogan «Essen ist unser» verteilen, und der NPD, die zu einer (dann nur schwach besuchten) Demonstration im Stadtteil aufruft. Es trägt nicht gerade zur Zuversicht bei, als gemunkelt wird, die bedeutende Logistikfirma Noweda habe wegen der neuen Nachbarn gedroht, den Standort aufzugeben, und wolle auf Investitionen in Millionenhöhe verzichten. Das verstärkt die Befürchtung, die Ansiedlung einer «repräsentativen» Moschee werde unweigerlich die weitere Abwertung des Stadtteils zur Folge



NPD-Anhänger demonstrieren am 31. Januar 2008 gegen einen Moscheebau in Essen.

haben. Der hat eine grandiose Vergangenheit, die mit dem Namen Krupp verbunden ist, aber wenig Perspektiven für die Zukunft. Die katholisch-proletarische Industriegeschichte, die in den Hirtensieder-
Arbeitersiedlungen und im «Altendorfer Dom» Ausdruck gefunden hat, liegt nach dem Strukturwandel danieder. Altendorf schrumpft seither fast so rasant, wie es vor hundert Jahren von den Ruhrbaronen aus dem Boden gestampft wurde, und im Migrationshintergrund eines knappen Viertels seiner 20000 Bewohner können die Gebliebenen keine echte Bereicherung sehen. Im Essener Rathaus hat man für den Stadtteil «besonderen Erneuerungsbedarf» konstatiert und im Rahmen des NRW-Vorzeigeprojekts «Soziale Stadt» die Begrünung von Innenhöfen und die Aufhübschung von Fassaden veranlasst; man hat Mikroprojekte eingerichtet und diplomierte Moderatoren in den Kiez geschickt, doch die Bereitschaft der Bürger mitzumachen hält sich in Grenzen.

Jetzt haben einige im Moscheebau ein Reizthema gefunden. Dass es eventuell gar nicht nur um den Islam geht, zeigt sich daran, dass eine polonisierte katholische Gemeinde gleichermaßen An-

stoß erregt, die um ihre Kirche herum eine Polenmarkt-Atmosphäre entstehen lässt. Es gibt indes auch Moscheebefürworter, die einen vor allem von den Kirchen getragenen «Christlich-muslimischen Feierabend» veranstalten. Im Ruhrgebiet, auch in Essen selbst, existiert bereits eine ganze Reihe zum Teil größerer Moscheen, angeführt von der als Integrationsmodell gehandelten Moschee im vergleichbaren Duisburg-Marxloh. Vor allem der Aufmarsch der NPD provoziert eine Gegendemonstration des «Runden Tisches für Menschenrechte» mit rund 800 Teilnehmern. Weder die Neonazis noch die von ihnen nicht so weit entfernte Ein-Punkt-Bewegung¹³ «Pro NRW» kann politisches Kapital aus der Unzufriedenheit schlagen. Die Diskussion konzentriert sich nicht mehr darauf, ob eine Moschee gebaut werden darf, sondern in welcher Größe sie entstehen wird. Parkplätze spielen hier die herausragende Rolle, das Planungsdezernat der Stadt fordert Nachbesserungen und handelt das Projekt salamitaktisch herunter, bis der Dezernatsleiter im August 2008 grünes Licht gibt für einen auf maximal 360 Personen ausgelegten Gebetsraum. Die Höhe des Minaretts wird auf 22 Meter festgelegt, der Muezzinruf soll nicht erschallen, das Ladenlokal ist gestrichen.

Dieser für Moscheebaukonflikte typische Streitgegenstand *Multifunktionalität* – eine Moschee wird nicht als reiner Gebetsraum, sondern auch als Supermarkt, Koranschule, Gaststätte, Freizeitclub und Sportverein konzipiert – hat die bekannten Dilemmata nach sich gezogen: Verlegt sich die Moscheegemeinde ganz aufs Beten, entsteht der Verdacht des Rückzugs in ein religiöses Paralleluniversum, in dem Unverständliches geschieht. Öffnet sie sich hingegen dem Kiez und beansprucht gar, diesen zu beleben, hat das Befürchtungen von Verkehrs- und Lärmbelästigungen, wirtschaftlicher Konkurrenz und erst recht Parallelgesellschaft zur Folge. Selbst wer, wie es Architekt und Gemeindevorsteher vorhaben, gefährdete Jugendliche von der Straße holen will, macht sich verdächtig, diesen vor Ort ein Training als Kampfsportler für Straßengang oder gar für den Heiligen Krieg anzubieten.

Im Kleinformat kann der «Merkez-Moschee» (Markt-Moschee) genannte Bau nun in Angriff genommen werden. Die Bezirksvertretung, die gegenüber DITIB die Marschroute ausgegeben hat: «Wir helfen nicht, legen aber auch keine Steine in den Weg»,

erhebt keine Einsprüche gegen die Moschee, deren Fertigstellung für den Winter 2009 geplant ist. Im Online-Forum grummelt es aber weiter: *redneck* bloggt am 22. August 2008 um 16:02: «... und die Landnahme schreitet voran». Auch die Essener Industrie- und Handelskammer und die Firma Noweda karten nach und malen in einer Erklärung lange Verkehrsstaue und den Abzug von Arbeitgebern aus dem künftigen Moschee-Areal an die Wand.

Am Fall Essen-Altendorf kann man trotz seiner ortsspezifischen Konstellationen allgemeine sozialpolitische Hintergründe von Moscheebaukonflikten erkennen. Essen, eine der größten Städte Deutschlands, ist im Rahmen der «Metropole Ruhr», deren Zentrum sie bildet, zur Europäischen Kulturhauptstadt 2010 gekürt worden. Die Stadt und das gesamte Ruhrrevier sind durchzogen von einer zuletzt noch schärfer gewordenen Grenze zwischen dem reichen (bisweilen superreichen) und grünen Süden und dem verarmten Norden, der von Deindustrialisierung betroffen ist und zugleich einen hohen Migrantenanteil aufweist. Hier leben überdurchschnittlich viele Arbeitslose, Alleinerziehende und jugendliche Sozialhilfeempfänger. Das Ruhrgebiet, in dem weiterhin die umsatzstärksten Energie-, Großhandels- und Logistikkonzerne des Landes tätig sind, hält sich seine lange und erfolgreiche Einwanderungsgeschichte zugute und feiert den Übergang von der Industriekultur zur Kulturindustrie. Mitgewachsen ist jedoch auch die religiöse Vielfalt,¹⁴ die sich vor allem in einem größeren Selbstbewusstsein der Muslime zeigt. Die Folgen der letzten Phase der Einwanderung aus dem Mittleren Osten und Osteuropa sind nicht wirklich verdaut, und das Potenzial, das in der zweiten und dritten Generation womöglich steckt, noch nicht gehoben. Auf sie projizieren sich die Ängste und Aversionen derjenigen, die sich als Verlierer des Strukturwandels fühlen und angesichts eigener Orientierungsprobleme von der scheinbar so starken muslimischen Identität irritiert sind. Es mag sein, dass sich in Essen-Altendorf noch länger ein Ressentiment hält, ebenso ist aber denkbar, dass die Moschee – die auch in Duisburg-Marxloh anfangs umkämpft war – Stabilität bringt, wobei anzuerkennen wäre, dass die Muslime sich dort selbst Auswege aus der sozialen Krise gebahnt und auch wirtschaftlich eine gewisse Füh-

rungsposition im Stadtteil erarbeitet haben. Das so apostrophierte «Wunder von Marxloh» begründet der katholische Pfarrer von St. Peter, Michael Kemper, so: «Die Notwendigkeit, sich miteinander zu verständigen, liegt 1000 Meter tiefer, im Bergbau. Deutsche und türkische Kumpel haben Seit an Seit gearbeitet. Die mussten sich verstehen, sich aufeinander verlassen können. Das hat sich auf den Stadtteil übertragen.» (*Spiegel-Online*, 26. 10. 2008)

Hinterland: Konflikte in der hessischen Peripherie

Wie Auseinandersetzungen um Moscheeprojekte in kleineren Gemeinden und Städten verlaufen, können drei Beispiele aus der Rhein-Main-Region¹⁵ zeigen:

In *Ortenberg*, einer knapp zehntausend Einwohner starken Gemeinde im Wetteraukreis (Oberhessen), ist die Moschee vergessen. Dort leben relativ wenige Muslime, die nicht aus den Kerngebieten des Islams stammen und auch keinen großen Dachverband hinter sich haben. Sie hatten ihr Vorhaben in die Hände lokaler politischer Honoratioren gelegt, die verbreiteten Vorurteilen gegen den Islam nichts entgegensetzten und der Moschee keinen Quadratmeter «wertvoller Gewerbeflächen» opfern wollten. Die Muslime suchten auch nicht die öffentliche Debatte, fanden im Ort nur wenige Unterstützer und gaben ihr Vorhaben nach kurzer Zeit auf. Die Moschee kam also nicht ins Dorf, die Muslime gehen andernorts beten, ihre Sprecher und Fürsprecher sind abgewandert.

Ortenberg ist überall, aber es gibt natürlich auch kleinere Gemeinden, in denen es reibungslos gelungen ist, eine größere islamische Gebetsstätte zu errichten. Ein Beispiel dafür ist *Mörfelden-Walldorf* in Südhessen. «Die unterstützte Moschee» kann man dieses Vorhaben nennen, weil der Türkisch-Islamische Kulturverein als Bauherr in der nahe am Frankfurter Flughafen gelegenen «Durchfahrtsstadt» sehr viel Unterstützung erfahren hat.